

## Hauptidentität

---

**Von:** <energy@glodis.com>  
**An:** "Tino Neumeister" <Tino-Neumeister@web.de>  
**Gesendet:** Mittwoch, 5. Juli 2006 15:36  
**Betreff:** Re: anfrage die linkspartei im bezug auf die Stimmenthaltung zum antrag der grünen

### Sonnige Grüße Herr Neumeister,

vielen Dank für die Info! Diese ist wirklich interessant und schon fast belustigend... ;-) Ich wusste nicht, dass wir nicht "Grün" genug sind!

Aber was solls... Mobil ohne Fossil e.V. kämpft weiter und ich sage Danke für die Arbeit und die Weiterleitung!!!

### Alles Gute

Marcus Reichenberg

----- Original Message -----

**From:** [Tino Neumeister](#)

**To:** [energy@glodis.com](mailto:energy@glodis.com)

**Sent:** Wednesday, July 05, 2006 2:50 PM

**Subject:** anfrage die linkspartei im bezug auf die Stimmenthaltung zum antrag der grünen

Sonnige Grüße von Thüringen nach Weilheim

Beim durchstöbern eurer letzten Mail bin ich unter anderem auf das Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag

der Grünen gegen diesen Steuerirrsinn gestossen .

Als ich gelesen habe das sich die FDP und die Linkspartei der Stimme enthalten haben , fragte ich einfach mal

bei den Linken an und wollte wissen warum und wie diese zum Thema alternative Treibstoffe stehen . ich bin so

frei und hefte die bereits heute eingetroffene Mail mal an .

Hallo Herr Neumeister,

natürlich helfe ich gern und beantworte Ihre Anfrage. Allerdings möchte ich mir auch den Hinweis erlauben, dass Sie ja eigentlich eine Anfrage an die Abgeordneten hatten uns der Parteivorstand dafür wohl weniger die richtige Adresse ist, als die Bundestagsfraktion.

Unter <http://www.linksfraktion.de/politik/aktuell/index.htm> finden Sie alle Pressemitteilungen und Reden der Abgeordneten der Linksfraktion und viele, viele weitere Dokumente und Positionierungen.

Aber nun zu Ihrer Frage:

Die von der Bundesregierung geplante Besteuerung und Zwangsbeimischung von Biokraftstoffen wurde sehr, sehr deutlich von uns kritisiert und ist aus Sicht der Linksfraktion in mehrfacher Hinsicht eine unverantwortliche Fehlentscheidung.

1. Sie bedeutet Wortbruch der Bundesregierung, Biokraftstoffe bis 2009 steuerfrei zu halten. In der Vergangenheit führte die Steuerbefreiung zu umfangreichen Investitionen im Bereich Ölmühlen, Pflanzenöl-Tankstellen und Maschinenumrüstungen.
2. Eine Besteuerung ist rohstoffpolitisch unsinnig, weil Biokraftstoffe als Kraftstoff auf der Basis nachwachsender Rohstoffe durch die geplante Besteuerung schlechter gestellt würden als Erdgas, das ein fossiler und überdies knapper Brennstoff ist.
3. Sie gefährdet Arbeitsplätze in einer im Aufbau befindlichen Branche, die einen umweltfreundlichen Kraftstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen durch die Landwirtschaft zur Verfügung stellt, und zerstört hoffnungsvolle Ansätze einer neuen Wertschöpfungsquelle im ländlichen Raum.
4. Einen wachsenden Anteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland und Europa für die

Energieerzeugung zu nutzen, hilft beim Abbau der europäischen Überschussproduktion im Nahrungsmittelbereich mit ihren verheerenden sozialen Auswirkungen besonders in den Ländern der 3. Welt geführt.

5. Die Besteuerung ist angesichts der Abhängigkeit Deutschlands von ausländischem Erdöl kontraproduktiv, da durch Biokraftstoffe die Versorgungssicherheit des Landes mit Kraftstoffen aus inländischer Produktion sicherer werden könnte.
6. Ein 'Standbein' möglicher regionaler Wirtschaftskreisläufe wird zerstört, weil den dezentralen und bäuerlichen Ölmühlen, in die bisher ca. 25.000 Betriebe investiert haben und die mehr als 500.000 Tonnen der deutschlandweit angebauten Rapssaat verarbeiten, die zentrale Rentabilitätsgrundlage entzogen würde.
7. Die Besteuerungspläne sind verkehrspolitisch kontraproduktiv, weil Biokraftstoffe regional erzeugt werden, und damit lange Transportwege ersparen.
8. Durch die Zwangsbeimischung, die die Mineralölkonzerne aus internationalen Rohstoffmärkten decken werden, wird das Geschäft mit den Kraftstoffen allein den multinationalen Öl- und Gaskonzernen überlassen.

Unsere Positionierungen dazu können Sie auch in den folgenden Dokumenten nachlesen:

[http://www.linksfraktion.de/politik/reden/view\\_html/zid1867/mdbid64/bs1/n0](http://www.linksfraktion.de/politik/reden/view_html/zid1867/mdbid64/bs1/n0)

[http://www.linksfraktion.de/politik/reden/view\\_html/zid1553](http://www.linksfraktion.de/politik/reden/view_html/zid1553)

[http://www.linksfraktion.de/presse/mitteilungen/view\\_html/zid1036](http://www.linksfraktion.de/presse/mitteilungen/view_html/zid1036)

[http://www.linksfraktion.de/politik/reden/view\\_html/zid1240](http://www.linksfraktion.de/politik/reden/view_html/zid1240)

Beim Antrag der Grünen haben wir uns enthalten, weil die Linksfraktion einen eigenen Antrag eingebracht hat, der aus unserer Sicht weiter ging, als der der Grünen. Insofern war es natürlich unser Ziel, den eigenen Antrag bestätigt zu bekommen und der "etwas unvollständigere" der Grünen war für uns keine Alternative. Da er aber immer noch besser war, als das Gesetz der Regierung, nahmen wir ihn als noch tragfähigen Kompromiss und stimmten nicht gegen die Grünen, sondern enthielten uns eben. Die Texte beider Anträge finden Sie im Anhang und können sich somit selber ein Urteil bilden.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen helfen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen  
Axel Goldmann  
Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit  
Linksfraktion im Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 511 70

Fax: 030 - 227 561 28

E-Mail: [axel.goldmann@linksfraktion.de](mailto:axel.goldmann@linksfraktion.de)

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)